

Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Belieferung von Großkunden mit elektrischer Energie (AGB Strom Großkunden) (Anlage 3 zum Produktvertrag)

1. Vertragsschluss, Lieferbeginn, Umfang und Voraussetzungen für die Energielieferung, Befreiung von der Leistungspflicht

1.1 Der Vertrag kommt durch die Bestätigung der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH (nachfolgend „Stadtwerke“ genannt) in Textform unter Angabe des voraussichtlichen Lieferbeginns zustande. Der tatsächliche Lieferbeginn hängt davon ab, dass alle für die Belieferung notwendigen Maßnahmen (Kündigung des bisherigen Liefervertrages etc.) erfolgt sind.

1.2 Mit dem Inkrafttreten des Vertrages werden sämtliche früheren Vereinbarungen zwischen dem Kunden und der Stadtwerke über die Lieferung elektrischer Energie an derselben Entnahmestelle aufgehoben.

1.3 Die Stadtwerke stellt dem Kunden elektrische Energie im vertraglich festgelegten Umfang an der Übergabestelle für die Dauer des Vertrages bereit.

1.4 Voraussetzung für die Lieferung von elektrischer Energie durch die Stadtwerke und deren Bezug durch den Kunden ist ein bestehender Anschluss an das Versorgungsnetz des örtlichen Verteilnetzbetreibers mit ausreichender Netzanschlusskapazität und das Bestehen vertraglicher Vereinbarungen zwischen Anschlussnehmer bzw. Anschlussnutzer und Verteilnetzbetreiber über den Netzanschluss bzw. die Anschlussnutzung für die Lieferstelle für die Dauer des Lieferzeitraumes. Liegen die Voraussetzungen gemäß Satz 1 zum letztmöglichen Zeitpunkt der Anmeldung für die Lieferstelle beim Verteilnetzbetreiber zur Belieferung durch die Stadtwerke nicht vor, ist die Stadtwerke von ihrer Lieferpflicht befreit. In diesem Fall wird die Stadtwerke die Belieferung erst zum nächstmöglichen Termin nach Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Satz 1 aufnehmen und dem Kunden den neuen Lieferbeginn schriftlich mitteilen. Soweit den Stadtwerken hierdurch Mehrkosten entstehen, wird der Kunde diese den Stadtwerken erstatten.

1.5 Die Netzanschlusskapazität wird zwischen dem Anschlussnehmer bzw. Anschlussnutzer und dem zuständigen Verteilnetzbetreiber festgelegt. Ist für die Inanspruchnahme einer höheren Leistung eine Änderung oder Verstärkung des Netzanschlusses erforderlich (z. B. Erhöhung der Netzanschlusskapazität), sind die seitens des zuständigen Verteilnetzbetreibers eventuell entstehenden Kosten vom Anschlussnehmer bzw. Anschlussnutzer zu tragen.

1.6 Die Übergabe der elektrischen Energie erfolgt jeweils an der mit dem Verteilnetzbetreiber im Netzanschluss- und/oder Anschlussnutzungsvertrag festgelegten Eigentumsgränze zwischen der Anlage des Netzanschlusskunden und dem örtlichen Verteilnetz („Übergabestelle“). Mit der Lieferung der elektrischen Energie an die Übergabestelle gehen alle Gefahren und Risiken von den Stadtwerken auf den Kunden über.

1.7 Die Stadtwerke ist von ihrer Leistungspflicht befreit, soweit und solange der Netz-betreiber den Netzanschluss und/oder die Anschlussnutzung bzw. der Messstellenbetreiber den Messstellenbetrieb auf eigene Initiative unterbrochen hat.

2. Verpflichtungen des Kunden

2.1 Der Kunde verpflichtet sich, für die Dauer des Produktvertrages seinen gesamten Bedarf an elektrischer Energie von den Stadtwerken zu beziehen.

2.2 Der Kunde darf die für seinen Betrieb erforderliche elektrische Energie während der Dauer des Vertrages nicht selbst erzeugen. Ausgenommen ist die Bedarfsdeckung durch Eigenanlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen.

2.3 Liegen den Stadtwerken für die im jeweiligen Produktvertrag genannte(n) Lieferstelle(n) keine historischen Daten vor, so wird der Kunde bis vier Wochen vor Lieferbeginn möglichst genaue historische Daten (z. B. Rechnungen, Energiemessungen) zur Verfügung stellen.

2.4 Während der Vertragslaufzeit wird der Kunde die Stadtwerke über alle Änderungen seines Abnahmeverhaltens, die sowohl einen erhöhten als auch einen verminderten Bedarf an elektrischer Energie und entsprechender Leistung begründen, informieren. Dies betrifft insbesondere Betriebsferien, Brückentage, vorhersehbare Produktionsunterbrechungen bei Neuanschluss von Produktionseinrichtungen oder Schichtplanänderungen.

3. Verwendung von elektrischer Energie, Vertragsstrafe

3.1 Die elektrische Energie wird nur für die eigenen Zwecke des Kunden zur Verfügung gestellt.

3.2 Gebraucht der Kunde elektrische Energie nach Einstellung der Versorgung oder unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen, so sind die Stadtwerke berechtigt, zusätzlich zur vertraglich festgelegten Preisregelung, eine Vertragsstrafe zu verlangen. Die Höhe der Vertragsstrafe bemisst sich nach der gültigen Preisregelung des Vertrages unter Zugrundelegung einer täglichen bis zu zehnstündigen Benutzung der Jahreshöchstleistung während der Dauer der unberechtigten Entnahme von elektrischer Energie. Ist die Dauer des unbefugten Gebrauchs oder der Beginn der Mitteilungspflicht nicht festzustellen, so kann die Vertragsstrafe nach vorstehenden Grundsätzen über einen festgestellten Zeitraum hinaus für längstens sechs Monate erhoben werden.

4. Steuern, Abgaben, sonstige Belastungen

4.1 Eine die Lieferung von elektrischer Energie bzw. die sonstigen Leistungen der Stadtwerke belastende Steuer oder Abgabe irgendwelcher Art trägt der Kunde, sofern nicht ausdrücklich eine abweichende Regelung getroffen wird.

4.2 Sollten nach Abschluss des Produktvertrages erlassene oder geänderte Gesetze, Verordnungen oder sonstige Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahmen unmittelbar oder mittelbar die Wirkung haben, dass bei den Stadtwerken die Förderung, die Beschaffung oder der Vertrieb von elektrischer Energie preislich verändert wird, haben die Stadtwerke im Falle von Erhöhungen das Recht und im Falle von Ermäßigungen die Pflicht, die im Produktvertrag genannten Preise entsprechend zu erhöhen bzw. zu ermäßigen.

4.3 Das vorgenannte Preisanpassungsrecht gilt in den Fällen entsprechend, in denen Gesetze, Verordnungen oder sonstige Regierungs- oder Verwaltungsmaßnahmen, die bei Vertragsabschluss schon in Kraft getreten bzw. erlassen waren, während der Laufzeit eines Produktvertrages die Belastungen von den Stadtwerken in der in Ziffer 4.2 genannten Art verändern.

5. Messung und Ablesung

5.1 Die zur Abrechnung der von den Stadtwerken gelieferten und vom Kunden bezogenen elektrischen Energie notwendigen Messwerte bzw. Lastgänge werden grundsätzlich je Messlokation durch Zähl- und Messeinrichtungen erfasst, die im Eigentum des Messstellenbetreibers stehen, der auch für die Einhaltung der eichrechtlichen Bestimmungen verantwortlich ist.

5.2 Die Ablesung der Zähl- und Messeinrichtungen sowie die Bereitstellung der Messwerte bzw. Lastgänge erfolgt durch den Messstellenbetreiber, Netzbetreiber oder dessen Beauftragten. Diese Ablesedaten werden von den Stadtwerken für Zwecke der Abrechnung verwendet.

6. Berechnungsfehler

6.1 Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung der Rechnung festgestellt, so ist die Überzahlung von den Stadtwerken zurückzahlen oder der Fehlbetrag vom Kunden nachzuentrichten. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen, so ermitteln die Stadtwerke den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ableszeitraums oder auf Grund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung.

Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Bei Berechnungsfehlern auf Grund einer nicht ordnungsgemäßen Funktion einer Messeinrichtung ist der vom Messstellenbetreiber ermittelte und dem Kunden mitgeteilte korrigierte Verbrauch der Nachberechnung zu Grunde zu legen.

6.2 Ansprüche nach Ziffer 6.1 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ableszeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

7. Einwände/Aufrechnung

7.1 Einwände gegen Rechnungen sind binnen 30 Tagen nach Rechnungseingang zu erheben, maximal jedoch binnen drei Jahren, falls diese Feststellung ohne Verschulden nicht früher getroffen werden konnte.

7.2 Beanstandungen von Rechnungen berechtigen außer bei offensichtlichen Fehlern nicht zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung.

7.3 Gegen Ansprüche der Stadtwerke kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

8. Verzug

8.1 Die Stadtwerke sind bei Zahlungsverzug des Kunden berechtigt, die für die Mahnung entstehenden Kosten pauschal zu berechnen. Für die Mahnung fälliger Abschlags- oder Rechnungsbeträge berechnen die Stadtwerke einen Betrag von 3,50 Euro* für die erste Mahnung und 36,50 Euro* für die zweite Mahnung. Dem Kunden bleibt der Nachweis unbenommen, solche Kosten seien nicht entstanden oder niedriger als die Pauschale. § 288 Abs. 5 BGB bleibt unberührt.

8.2 Erfolgt eine Zahlung nicht fristgerecht, sind die Stadtwerke berechtigt, Zinsen gemäß § 288 BGB zu verlangen. Die Geltendmachung eines weiteren Verzugs Schadens bleibt unberührt.

9. Vorauszahlung/Sicherheitsleistung

9.1 Die Stadtwerke sind berechtigt, Vorauszahlungen bis zur dreifachen Höhe der letzten Monatsrechnung oder eine Sicherheitsleistung in angemessener Höhe zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles zu erwarten ist, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Vorauszahlungen werden bei der nächsten Rechnungserteilung verrechnet.

9.2 Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz gemäß § 247 Abs. 1 BGB verzinst.

9.3 Im Falle des Verzuges des Kunden können die Stadtwerke nach schriftlicher Androhung unter Fristsetzung von einer Woche den Ausgleich der offenen Forderungen aus der Sicherheitsleistung vornehmen und deren Ergänzung auf die ursprüngliche Höhe verlangen.

9.4 Die Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, soweit ihre Voraussetzungen entfallen sind.

10. Einstellung der Versorgung/Fristlose Kündigung

10.1 Die Stadtwerke sind berechtigt, die Lieferung von elektrischer Energie ohne vorherige Androhung einzustellen und die Anschlussnutzung durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn der Kunde den Vertragsbestimmungen schuldhaft zuwiderhandelt und die Einstellung erforderlich ist, um den Gebrauch von elektrischer Energie unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern.

10.2 Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei vollständiger oder teilweiser Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, sind die Stadtwerke berechtigt, die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen. Dies gilt nicht, wenn der Kunde darlegt, dass die Folgen der Versorgungseinstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nachkommt. Die Stadtwerke können mit der Mahnung zugleich die Einstellung der Versorgung androhen.

10.3 Die Wiederaufnahme der von den Stadtwerken gemäß Ziffer 10.1 und Ziffer 10.2 unterbrochenen Belieferung erfolgt unverzüglich nach Beseitigung der Gründe für

Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Belieferung von Großkunden mit elektrischer Energie (AGB Strom Großkunden) (Anlage 3 zum Produktvertrag)

die Einstellung und nach Erstattung der durch Unterbrechung und Wiederaufnahme der Belieferung entstehenden Kosten an die Stadtwerke.

10.4 Die Stadtwerke sind bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach Ziffer 10.2 berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen, wenn die Stadtwerke die Kündigung zwei Wochen vorher angedroht haben. Gleichzeitig wird die Netznutzung der Lieferstelle beim Netzbetreiber zum nächstmöglichen Termin abgemeldet.

10.5 Bei schweren Vertragsverletzungen, z. B. bei wiederholten und fortgesetzten Verstößen gemäß Ziffer 10.1 sowie bei jeder unbefugten Entnahme oder Verwendung von elektrischer Energie, sind die Stadtwerke zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.

11. Kosten für die Unterbrechung und Wiederaufnahme der Versorgung

Für Wegekosten werden in Lüdenscheid 24,00 Euro* und im sonstigen Grundversorgungsgebiet der Stadtwerke 30,00 Euro* in Rechnung gestellt. Für die Versorgungseinstellung berechnen die Stadtwerke einen Betrag von 40,00 Euro* und für die Wiederaufnahme der Versorgung einen Betrag von 55,00 Euro (inkl. der gültigen USt.). Die Stadtwerke behalten sich vor, die Unterbrechung bzw. Wiederaufnahme der Versorgung nach tatsächlich angefallenem Aufwand in Rechnung zu stellen. Für Belieferungen außerhalb des Grundversorgungsgebietes der Stadtwerke sind die Kosten des jeweiligen Netzbetreibers maßgeblich.

12. Haftung

12.1 Bei einer Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Elektrizitätsversorgung ist, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, sind die Stadtwerke von ihrer Leistungspflicht und von jeglicher Haftung befreit. Dies gilt nicht, soweit die Unterbrechung auf nicht berechtigten Maßnahmen der Stadtwerke nach Ziffer 10 beruht.

Die Stadtwerke sind verpflichtet, dem Kunden auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch den Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihr bekannt sind oder von ihr in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

12.2 Für sonstige Schäden haften die Stadtwerke nur, wenn die Schäden auf Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit oder auf die Verletzung von wesentlichen Vertragspflichten, d.h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten), zurückzuführen sind.

12.3 Im Falle der leicht fahrlässigen Verletzung von Kardinalpflichten ist die Haftung der Stadtwerke und ihrer Erfüllungsgehilfen dem Grunde nach auf vorhersehbare und vertragstypische Schäden begrenzt. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nicht leitende Angestellte) außerhalb des Bereichs der wesentlichen Vertragspflichten.

12.4 Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und wegen der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

12.5 Vorgenannte Haftungsbegrenzungen und Haftungsausschlüsse gelten auch zu Gunsten gesetzlicher Vertreter, Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen der Stadtwerke.

13. Höhere Gewalt

13.1 Sollten die Vertragspartner durch höhere Gewalt, wie Naturkatastrophen, Krieg, Arbeitskampfmaßnahmen bei den eigenen Werken oder Zulieferbetrieben, Beschädigung der Erzeugungs-, Übertragungs-, Verteilungs- oder Kommunikationsanlagen, hoheitliche Anordnungen oder durch sonstige Umstände, auf die sie keinen Einfluss haben oder deren Abwendung mit einem angemessenen technischen oder wirtschaftlichen Aufwand nicht erreicht werden kann, gehindert sein, ihre Leistungspflichten zu erfüllen, so sind die Vertragspartner von ihren vertraglichen Leistungspflichten befreit, solange diese Umstände und deren Folgen nicht endgültig beseitigt sind. In diesen Fällen können die Vertragspartner keine Entschädigung geltend machen.

13.2 Die Vertragspartner sind verpflichtet, sich unverzüglich unter Darlegung der sie an der Vertragserfüllung hindernden Umstände zu benachrichtigen; sie werden darüber hinaus das Leistungshindernis so schnell wie möglich beseitigen, sofern ihnen dies mit einem angemessenen technischen oder wirtschaftlichen Aufwand möglich ist.

14. Zutrittsrecht

Der Kunde gewährt dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers, des Messstellenbetreibers oder von den Stadtwerken nach vorheriger Benachrichtigung Zutritt zu seinem Grundstück und zu seinen Räumen, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen, zur Ablesung der Messeinrichtungen oder zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag erforderlich ist.

15. Rechtsnachfolge

Die Stadtwerke sind im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag als Gesamtheit auf einen Dritten zu übertragen.

Die Übertragung wird erst wirksam, wenn der Kunde zustimmt. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Kunde nicht innerhalb von acht Wochen nach der textlichen Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten in Textform widerspricht. Auf diese Folgen wird der Kunde von den Stadtwerken in der Mitteilung gesondert hingewiesen. Die Übertragung an ein verbundenes Unternehmen im Sinne von §§ 15 ff. AktG ist auch ohne Zustimmung des Kunden zulässig. In den Fällen der Gesamtrechtsnachfolge, insbesondere nach Umwandlungsrecht, gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Diese Regelungen gelten auch für wiederholte Rechtsnachfolgen.

16. Bonitätsprüfung

Die Stadtwerke sind berechtigt unter Beachtung des Datenschutzrechtes, sowohl vor, als auch nach Vertragsschluss eine Bonitätsprüfung des Kunden durch eine Wirtschaftsauskunftei vorzunehmen.

17. Datenschutz/Widerspruchsrecht

17.1 Die Stadtwerke verarbeiten die zu Zwecken der Vertragsabwicklung erhobenen personen-bezogenen Daten ausschließlich nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach der Datenschutzgrundverordnung. Darüber hinaus verwenden die Stadtwerke die Daten zur weitergehenden Kundenbetreuung sowie für eigene postalische Werbezwecke.

17.2 Soweit der Kunde eine Verarbeitung und Nutzung seiner Daten für Werbezwecke nicht wünscht, hat er die Möglichkeit, dieser Verarbeitung und Nutzung schriftlich (Stadtwerke Lüdenscheid GmbH, Lennestr. 2 in 58507 Lüdenscheid) oder telefonisch unter der kostenfreien Rufnummer 0800- 157 1400 zu widersprechen.

18. Vertraulichkeit

18.1 Die Vertragspartner verpflichten sich, die Inhalte dieses Vertrages vertraulich zu behandeln, die von dem jeweils anderen Vertragspartner im Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages erhaltenen vertraulichen Informationen lediglich zum Zwecke der Zusammenarbeit zu nutzen und sie Dritten nicht zugänglich zu machen.

18.2 Ziffer 18.1 gilt nicht, soweit Informationen zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Vertrages an Netzbetreiber weitergegeben werden müssen.

18.3 Die Vertragspartner sind berechtigt, vertrauliche Informationen im Sinne dieses Vertrages an Behörden (insbesondere Aufsichts- und Regulierungsbehörden) und Gerichte weiterzugeben, sofern sie hierzu aufgrund geltenden Rechts verpflichtet sind.

18.4 Die Stadtwerke sind darüber hinaus berechtigt, Verbrauchs- und/oder Abrechnungsdaten in dem zur Vertragsdurchführung erforderlichen Umfang an Dienstleister bzw. Drittunternehmen weiterzugeben, die an der Beschaffung, Lieferung und/oder Abrechnung von elektrischer Energie für diesen Vertrag beteiligt sind. Die Stadtwerke werden die beauftragten Dienstleister/Drittunternehmen ihrerseits vertraglich zur Vertraulichkeit verpflichten.

19. Änderungen des Vertrages und der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

19.1 Die Regelungen des Produktvertrages sowie dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen beruhen auf den bei Vertragsabschluss geltenden gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen (z. B. EnWG, StromGVV, MsbG, StromNZV, höchstrichterliche Rechtsprechung, Entscheidungen der Bundesnetzagentur). Das vertragliche Äquivalenzinteresse kann nach Vertragsschluss durch unvorhersehbare Änderungen der gesetzlichen oder sonstigen Rahmenbedingungen, die Stadtwerke nicht veranlassen und auf die die Stadtwerke auch keinen Einfluss haben, in nicht unbedeutendem Maße gestört werden. Ebenso kann nach Vertragsschluss eine im Vertrag und/oder diesen Bedingungen entstandene Lücke nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrags entstehen lassen (z. B. wenn die Rechtsprechung eine Klausel für unwirksam erklärt), die nur durch eine Anpassung oder Ergänzung zu beseitigen sind. In solchen Fällen sind die Stadtwerke verpflichtet, den Vertrag und diese Bedingungen – mit Ausnahme der Preise – insoweit anzupassen und/oder zu ergänzen, als es die Wiederherstellung des Äquivalenzverhältnisses von Leistung und Gegenleistung und/oder den Ausgleich entstandener Vertragslücken zur zumutbaren Fort- und Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich macht (z. B. mangels gesetzlicher Überleitungsbestimmungen).

19.2 Anpassungen gemäß Ziffer 19.1 werden die Stadtwerke dem Kunden mindestens zwei Monate vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilen. Ist der Kunde mit der mitgeteilten Anpassung nicht einverstanden, hat er das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anpassung – nicht jedoch nach diesem Zeitpunkt – zu kündigen. Hierauf werden die Stadtwerke den Kunden in der Mitteilung gesondert hinweisen.

20. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Hagen/Westfalen.

21. Schlussbestimmungen

21.1 Diese Bestimmungen sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

21.2 Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Die gilt auch für die Änderung dieser Schriftformabrede.

21.3 Sollten Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam.

* Die Beträge unterliegen nicht der Umsatzsteuer.